

BORIS KANZLEITER

Politischer Umbruch in Serbien

Noch vor wenigen Monaten warnten Regionalexperten und Massenmedien vor einem neuen Krieg im Kosovo. Serbien galt als gefährlicher Krisenherd, von dem eine Destabilisierung der ganzen Region ausgehen könnte. Doch die Befürchtungen bewahrheiteten sich nicht. Trotz der politisch scharf umstrittenen einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovos am 17. Februar 2008 kam es zu keiner gewaltsamen Eskalation. Auch die Verhaftung des ehemaligen bosnischen Serbenführers Radovan Karadžić am 21. Juli 2008 in Belgrad und seine Auslieferung an das Haager Kriegsverbrechertribunal löste nur vergleichsweise schwache Proteste aus. Es scheint offenkundig: Die Mobilisierungskraft nationalistischer Parteien und Organisationen in Serbien ist deutlich geschwächt. Aber wie ist die Neuordnung der politischen Verhältnisse zu deuten? Und bieten sich in der neuen Lage Perspektiven für die bisher schwache Linke?

Krise der nationalistischen Rechten

Vor allem die vorgezogenen Neuwahlen am 11. Mai machten die Krise der nationalistischen Rechten deutlich. Meinungsumfragen hatten der rechtspopulistischen *Serbischen Radikalen Partei* (SRS) im Vorfeld einen deutlichen Zugewinn prognostiziert. Gleichzeitig kam es zu einer deutlichen Annäherung des bisherigen Premierministers Vojislav Koštunica und seiner nationalkonservativen *Demokratischen Partei Serbiens – Neues Serbien* (DSS-NS) an die Radikalen, so dass die Bildung eines „nationalen Blockes“ als Regierungsoption möglich schien. Die Wahlen waren überhaupt erst notwendig geworden, weil Koštunica Anfang März das Bündnis mit der *Demokratischen Partei* (DS) des amtierenden Präsidenten Boris Tadić aufgekündigt hatte. Koštunica warf seinem bisherigen Koalitionspartner vor, Kosovo nicht energisch genug zu verteidigen.¹

1 Konkreter Anlass des Bruchs war Koštunicas Weigerung ein Assoziations- und Stabilisierungsabkommen mit der EU zu ratifizieren, solange Brüssel nicht eindeutig die territoriale Integrität Serbiens unter Einschluss Kosovos anerkenne. Tadić und die DS argumentierte dagegen, dass Serbiens Annäherung an die EU unabhängig von der Kosovo-Politik Brüssels weiter geführt werden sollte.

Aber es kam anders als von Koštunica erwartet. Die SRS erhielt mit 29,45 Prozent zwar ein gutes Resultat, aber nur wenige Stimmen mehr als bei den vergangenen Wahlen im Januar 2007. Die Liste der DSS-NS von Koštunica erlitt mit 11,61 Prozent allerdings empfindliche Einbußen. Der Koalitionsbruch und das Kokettieren mit den Radikalen im Wahlkampf zahlten sich nicht aus. Die DS konnte mit der Bündnisliste „Für ein europäisches Serbien“ dagegen hohe Gewinne verbuchen und erzielte 38,40 Prozent.

Statt klarer Mehrheitsverhältnisse brachten die Wahlen eine Pattsituation zwischen dem „nationalem Block“ aus SRS/DSS-NS und dem „pro-europäischen Block“ unter Führung der DS. Die *Sozialistische Partei Serbiens* (SPS) und ihre Partner gerieten mit 7,58 Prozent so unerwartet in die Rolle des Königsmachers.² Nach langen Verhandlungen entschied sich die SPS Anfang Juli schließlich überraschend für eine Koalition mit dem „Europa-Block“. Seither regiert nun diese bisher für unmöglich gehaltene Koalition aus den Erben von Zoran Djindjić und Slobodan Milošević das Land. Neuer Premierminister ist der bisher kaum bekannte frühere Finanzminister Mirko Cvetković (DS). (Siehe Tabelle und FN 3 Seite 2)

Worin liegen die Ursachen für die Niederlage der Rechten? Politiker der SRS beschuldigen die pro-westlichen Kräfte, eine Angstkampagne geführt zu haben.⁴ Tatsächlich schien die Mehrheit der Serben zu fürchten, ein Erfolg der SRS könnte das Land in eine neue Isolation und Konfrontation führen. Mit 61,35 Prozent lag die Wahlbeteiligung auf dem Höchststand seit dem Sturz Milošević vor acht Jahren. Gespeist wurden die Befürchtungen aber nicht nur durch Fernsehspots der DS, welche Szenen aus den Kriegen der 90er Jahre zeigten. Auch der Spitzenkandidat der Radikalen, Tomislav Nikolić, trug selbst dazu bei. Mehrmals kündigte er an, der Konflikt im Kosovo

2 Die SPS war zusammen mit der Rentnerpartei PUPS und der Regionalpartei Vereinigtes Serbien (JS) auf einer Liste angetreten.

3 Republicka izborna komisija, <http://www.rik.parlament.sr.gov.yu/>

4 Nikolić erklärte bereits zu seiner knappen Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 2008: „Es tut mir leid, dass die Angst gewonnen hat, und dass die Angst weiter verbreitet wird.“ Er bezog sich damit auf TV-Spots der Demokratischen Partei, die mit Bildern aus dem Krieg der Neunziger Jahre vor der SRS warnten. Vgl. Nikolić priznao poraz (4.2.2008) auf www.b92.net

Offizielles Wahlergebnis 11. Mai 2008 ³			
Partei	Stimmen	Anteil	Sitze
Für ein europäisches Serbien (Demokratische Partei (DS), G17 Plus, Serbische Erneuerungsbewegung (SPO), Liga der Sozialdemokraten der Vojvodina (LSV), Demokratische Bund der Kroaten aus Vojvodina und Demokratische Partei des Sandžak)	1.590.200	38,40	102
Serbische Radikale Partei (SRS)	1.219.436	29,45	78
Demokratische Partei Serbiens - Neues Serbien (DSS-NS)	480.987	11,61	30
Sozialistische Partei Serbiens - Partei der vereinigten Pensionäre Serbiens - Einiges Serbien (SPS – PUPS – JS)	313.896	7,58	20
Liberaldemokratische Partei (LDP)	216.902	5,24	13
Magyarische Koalition	74.874	1,81	4
Bosniakische Liste für einen europäischen	38.148	0,92	2
Koalition der Albaner des Preševo-Tals	16.801	0,41	1
Restliche Parteien ohne Parlamentssitz	99.992	4,58	-

könne zu einem erneuten Krieg führen.⁵ Auch hohe Funktionäre der DSS erklärten ihre Bereitschaft, im Notfall einen militärischen Konflikt einzugehen, um eine durch den Westen unterstützte völkerrechtswidrige Abspaltung Kosovos zu verhindern.⁶

Die einseitige Thematisierung des Kosovo-Konfliktes vor allem durch die DSS ging aber an der Stimmung der Bevölkerung vorbei. Denn offensichtlich lagen die Prioritäten der meisten Bürgerinnen und Bürger nicht bei nationalen sondern bei sozialen Fragen. Dies zeigen seit Monaten konstante Umfrageergebnisse. Demnach setzt sich die übergroße Mehrheit der Bevölkerung zwar für einen Verbleib Kosovos im serbischen Staatsgebiet ein. Aber das Kosovo-Problem wird nur von einer Minderheit als die dringendste politische Priorität betrachtet. Als wesentlich wichtigere Probleme werden soziale Fragen wie die hohe Arbeitslosigkeit und der schlechte Lebensstandard gewertet.⁷

Auf dem sozialen Feld ist die Rechte aber kaum präsent. Während Koštica den wirtschaftlichen Problemen im Wahlkampf praktisch keine Aufmerksamkeit schenkte, griffen die Radikalen soziale Themen zwar auf. Außer wohl klingenden Versprechungen, Renten zu erhöhen, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen oder Studiengebühren abzuschaffen, konnte die SRS aber kaum realistische Strategien unterbreiten, wie diese Forderungen auch umzusetzen seien. Das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der SRS hat weitgehend appellativen Charakter.

Der Misserfolg des Projektes eines „nationalen Blockes“ hat Mitte September in die offene Spaltung der SRS geführt.

5 Nikolić kündigte bereits bei Beginn der Kosovo-Verhandlungen im Dezember 2004 an, dass Serbien um Kosovo einen neuen Krieg führen könne. Vgl. Nikolić Srbija će ratovati (31.12.2004) auf www.b92.net

6 Kostunicas enger Berater und Führer der serbischen Kosovo-Verhandlungsdelegation, Aleksandar Simić, erklärte beispielsweise im Dezember 2007 im Hinblick auf die Ankündigung der koso-albanischen Regierung in Pristina eine Unabhängigkeitserklärung auch ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates voranzutreiben: „Wenn jemand den UN-Sicherheitsrat nicht respektiert, bleibt einem Staat nichts anderes als der Krieg.“ Vgl. Simićeva izjava nedopustiva, in: Danas, 7.12.2007.

7 Als indikativ für die Stimmung kann eine Umfrage vom November 2007 gelten. Demnach waren zu diesem Zeitpunkt zwar 93 Prozent der Befragten gegen eine Unabhängigkeit Kosovos, aber für nur 30 Prozent war diese Frage von höchster Priorität. Wichtiger war den meisten Bürgern dagegen das Problem der Arbeitslosigkeit und des niedrigen Lebensstandards. Vgl. SM: Za nezavisnost Kosova 7 odsto (4.11.2007) auf www.b92.net

Auf der einen Seite steht nun eine „harte Strömung“, die vom Parteivorsitzenden Vojislav Šešelj dirigiert wird, der sich derzeit vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zu verteidigen versucht. Diese Fraktion setzt in Kontinuität mit der SRS-Politik der Neunziger Jahre auf rechtsextreme nationalistische Propaganda.⁸ Auf der anderen Seite steht eine Fraktion um Tomislav Nikolić. Der bisherige Stellvertreter Šešelj will eine „moderne Rechte“ formieren, die eine konstruktivere Rolle spielen will. Ende Oktober will Nikolić mit der Unterstützung von etwa zwanzig weiteren SRS-Abgeordneten, des einflussreichen bisherigen SRS-Generalsekretärs Aleksander Vučić und vielen lokalen Funktionäre eine *Serbische Fortschrittspartei* (SNS) gründen. Konkreter Hintergrund der Parteispaltung war eine Auseinandersetzung zwischen Šešelj und Nikolić über das Abstimmungsverhalten der SRS bei der Ratifizierung des Assoziations- und Stabilisierungsabkommens mit der EU. Šešelj gab die Order, gegen das Abkommen zu votieren. Nikolić wollte dagegen dafür stimmen.⁹

Neue Koalition zwischen Demokratischer Partei und Sozialistischer Partei

Die Bildung einer Koalition aus der von der DS angeführten Listenverbindung „Für ein europäisches Serbien“ und der von der *Sozialistischen Partei Serbiens* angeführten Bündnisliste ist zweifellos eine große politische Überraschung. Wie konnte es dazu kommen?

Ein wichtiger Faktor scheint zunächst die Veränderung der DS nach der Ermordung Djindjićs im März 2003 zu sein. Galt Djindjić als ein kompromisslos pro-europäischer Politiker und energischer Feind Milošević, hat sein Nachfolger Boris Tadić

8 Šešelj profilierte die Radikalen in den Neunziger Jahren als rechts-extremistische, anti-kommunistische Oppositionsströmung, die sich auf die monarchistische Tschetnik-Bewegung aus dem Zweiten Weltkrieg bezog. International suchte er die Nähe von bekannten Neofaschisten wie Jean Paul Le Pen (Front National) in Frankreich und Vladimir Schirinowski (Liberaldemokratische Partei Russlands), die er nach Belgrad einlud. Vgl. Promocija desnice u Zemun. Le Pen na pravoj adresi (23.1.1997) auf <http://www.aimpress.ch/>

9 Nikolić behauptet, dass auch Šešelj zunächst eine Zustimmung zugesagt hatte, nachdem die SRS ein Amandement durchgesetzt hatte, das Serbiens Anspruch auf Kosovo unterstreicht. Vgl. Šešelj za, pa protiv (16.11.2008) auf www.b92.net

die DS auf einen neuen Kurs gebracht. Tadić versah seine Politik nach der Wahl zum Staatspräsident im Juni 2004 zunehmend mit nationaleren Akzenten. In der Auseinandersetzung um das Kosovo machte Tadić stets unzweideutig klar, dass er unter allen Umständen auf dem Anspruch Serbiens auf die Provinz beharren würde. Als Reaktion auf Tadićs Schwenk spaltete sich bereits Anfang 2005 unter Führung des ehemaligen Studentenführers Čedomir Jovanović eine Gruppe von ausgesprochen neoliberal argumentierenden jungen Politikern aus der DS ab und gründete mit Unterstützung bekannter Persönlichkeiten aus dem Bereich von pro-westlichen Nichtregierungsorganisationen die *Liberaldemokratische Partei* (LDP).

Während sich Tadić seit seinem Machtantritt um einen nationalen Konsens in der Kosovo-Politik bemühte, weitete er in der Zwischenzeit den Versuch einer Überwindung der starken innenpolitischen Polarisierung auch auf andere Ebenen aus. Bereits nach seiner erfolgreichen Wiederwahl als Staatspräsident im Januar 2008 bot er seinem knapp unterlegenen Widersacher Tomislav Nikolić Gespräche über eine konstruktive Zusammenarbeit an. Nach dem Parlamentswahlkampf reichte Tadić dann den Sozialisten demonstrativ die Hand. Im Mai kündigte er an, die Gräben der 90er Jahre überwinden zu wollen: „Meine Aufgabe ist, eine nationale Aussöhnung in Serbien zu beginnen. Die politischen Kräfte der Neunziger Jahre und die, welche Serbien nach (dem Sturz Milošević) 2000 führten, sollten bei der Suche nach gemeinsamen Zielen, bei der Aussöhnung der Bevölkerung, und der Beilegung von Spannungen und Missverständnissen zusammenkommen.“¹⁰

Als Orientierungspunkt dieser Strategie scheint im Hintergrund nicht zuletzt Boris Tadićs 83-jähriger Vater Ljubomir Tadić zu stehen. Der bekannte Philosoph war Mitte der 70er Jahre als Mitglied der auf einen „humanistischen Marxismus“ orientierten weltbekannten „Praxis-Gruppe“ als Professor von der Belgrader Universität verstoßen worden. Wie viele andere serbische Intellektuelle wandte sich der frühere antifaschistische Partisan und bekennende pro-jugoslawische Linke in der Dissidenz bis zum Ende der 80er Jahre zunehmend nationalen Themen zu. Sein bisher letztes großes Engagement galt 2006 dem Widerstand gegen den Austritt Montenegros aus dem Staatenverbund mit Serbien. In der von Ljubomir Tadić geführten Kampagne engagierten sich auch deutlich rechtsnationalistisch positionierte Intellektuelle wie der Schriftsteller Matija Bečković.¹¹

Auf der anderen Seite hat nach dem Tod Miloševićs im März 2006 auch die SPS einen Veränderungsprozess durchlaufen. Der neue Parteivorsitzende Ivica Dačić, ein 42-jähriger Politikwissenschaftler aus Prizren (Kosovo) und früherer Pressesprecher von Milošević, hat die Partei in den vergangenen Monaten auf einen pragmatischen Reformkurs getrimmt und nimmt zunehmend Abstand vom Milošević-Erbe. Wie seit der Gründung der

SPS als Nachfolgeorganisation des *Bundes der Kommunisten Serbiens* 1990 spielt das Beharren auf eine stark national eingefärbte Politik zwar nach wie vor eine wichtige Rolle. Gleichzeitig hat Dačić im vergangenen Wahlkampf aber soziale und ökonomische Themen eindeutig in den Vordergrund gestellt.

Im Gegensatz zum Mehrheitsflügel der rechten Parteien SRS und DSS setzen sich die Sozialisten für eine schnelle Annäherung Serbiens an die Europäische Union ein. Nur so könnten dringend benötigte Auslandsinvestitionen nach Serbien gelockt werden, Fonds aus Brüssel in Anspruch genommen werden und die Visa-freiheit erreicht werden, lauten einige der Hauptargumente, die von einem großen Teil der Bevölkerung geteilt werden.¹²

Wie dauerhaft das neue Bündnis zwischen DS und SPS ist, wird sich an seinem Erfolg entscheiden. Gelingt es der neuen „Mitte-links Regierung“ entscheidende Schritte in Richtung einer EU-Integration zu gehen und gleichzeitig den „Kampf um Kosovo“ auf einer diplomatischen Ebene weiterzuführen, könnte sich das Bündnis stabilisieren. Ein großer internationaler Erfolg für die neue Regierung war am 8. Oktober die breite Zustimmung in der UN-Generalversammlung für die serbische Initiative beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag ein Gutachten zur Rechtmäßigkeit der unilateralen Unabhängigkeitserklärung Kosovo einzuholen. Obwohl Washington erheblichen Druck gegen die Resolution aufgebaut hatte, blieben die USA mit ihrer Ablehnung der Belgrader Initiative weitgehend isoliert.¹³ Auf innenpolitischer Ebene gelang im September der Abschluss eines Vertrages mit Fiat über die Investition von über einer Milliarde Euro in die Automobilproduktion bei Zastava in Kragujevac.

In den kommenden Wochen soll von Funktionären der DS, SPS und möglicherweise einer Reihe weiterer Parteien eine programmatische Deklaration über eine „nationale“ oder „politische Aussöhnung“ unterzeichnet werden.¹⁴ Gleichzeitig setzt sich die DS-Führung für einen Eintritt der SPS in die *Sozialistische Internationale* ein, in der die DS bereits Mitglied ist. Mit einem solchen Schritt verlöre die SPS auch auf internationaler Ebene ihren Pariastatus, der ihr aus der Milošević-Ära noch anhaftet. Allerdings führt die Politik der Dačić-Führung zu starkem innerparteilichen Widerstand. Ein nationalistisch argumentierende Gruppe um den Funktionär Milorad Vučelić und der von ihm geführten Wochenzeitschrift Pečat (Stempel) ruft zur Gründung einer neuen Partei auf.

10 Vgl. Tadić wants national reconciliation (19.5.2008) auf www.b92.net

11 Zur Biographie Ljubomir Tadićs vgl. Portret savremenika – Ljubomir Tadić: Od disidenta do nacionalnog radnika, in: Vreme Nr. 739 (3. März 2005).

12 Wie Meinungsumfragen zeigen, befürworten trotz der Kosovo-Politik Brüssels 61 Prozent der Serben einen schnellen Eintritt in die EU. Vgl. Poll: 61% support EU entry (4.9.2008) auf www.b92.net

13 Außer den USA stimmten nur Albanien sowie einige Zwergstaaten im Pazifik Gebiet (Marschall Inseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien, Nauru und Palau) gegen den serbischen Vorstoß. 77 Staaten stimmten dagegen zu, 74 Staaten enthielten sich (darunter die Bundesrepublik Deutschland). Das Rechtsgutachten des IGH wird keine bindende Wirkung haben. Aber es ist davon auszugehen, dass die neue Entwicklung Staaten von einer diplomatischen Anerkennung Kosovos abhalten wird. Bis jetzt haben nur 48 von 192 UN-Mitgliedsstaaten Kosovo anerkannt, darunter die USA und 22 Staaten der Europäischen Union.

14 Die Resolution über eine „nationale“ oder „politische Versöhnung“ wurde von Boris Tadić bereits kurz nach der Regierungsbil-

Perspektiven für die Linke

Sowohl die DS als auch die SPS definieren sich als Parteien einer „modernen sozialdemokratischen Linken“. Wie der Publizist Pavle Radić in einem Text in der Tageszeitung *Danas* schreibt, kann die aktuelle Koalition aber nur „deklarativ“ als eine „Regierung des linken Zentrums“ bezeichnet werden. Radić weist darauf hin, dass die aktuelle SPS-Führung im wesentlichen Erben des „dogmatischen“, „stalinistischen“, „populistischen“ und „nationalistischen“ Flügels des *Bundes der Kommunisten Serbiens* ist, der sich unter Führung Milošević in einem Fraktionskampf 1986 durchgesetzt habe. Radić schätzt das „demokratische Potential“ auch der heutigen SPS als gering ein. Die aktuelle Führung habe sich lediglich aus machtpolitischen Gründen auf die Koalition mit der DS eingelassen. Aber auch der DS macht Radić die Etikettierung als „links“ streitig. Er weist vielmehr darauf hin, dass die DS maßgeblich zur „Rehabilitierung“ der monarchistischen Tschetnik-Bewegung und der „Ignorierung der Traditionen und Werte“ der antifaschistischen Partisanenbewegung beigetragen habe. Auch der DS bescheinigt Radić lediglich „pragmatisch auf die Macht fixiert“ zu sein.¹⁵

Aber wie steht es um die außerparlamentarische Linke als Träger emanzipatorischer Politik? Wie in den meisten südosteuropäischen Ländern (mit Ausnahme Griechenlands) handelt es sich bei diesen auf eine grundlegende Demokratisierung, soziale Gerechtigkeit, Emanzipation der Frauen und Gleichberechtigung ethnischer und sexueller Minderheiten drängenden Gruppen und Einzelpersonen um eine im Vergleich zu Westeuropa sehr schwache politische Strömung. Die Kriege der Neunziger Jahre, die Durchsetzung eines neoliberalen Gesellschaftsmodells, die noch immer nicht vollständig überwundene Isolation des Landes, grassierende Armut und autoritär-patriarchale Gesellschaftsstrukturen blockieren auch weiterhin ihre Entwicklung.

Dennoch zeigen sich mit der langsamen Normalisierung der politischen Lage in Serbien positive Ansätze. So ist beispielsweise die relativ vitale feministische Frauenbewegung ein politisches Subjekt, das seine Anliegen einer größeren Öffentlichkeit vermitteln kann. Bei einer Veranstaltung zum 30. Jahrestag der ersten feministischen Konferenz in Jugoslawien im Oktober 1978 in Belgrad wurde deutlich, dass die unabhängige Frauenbewegung nicht nur eine beeindruckende Kontinuität des Engagements gegen autoritär-patriarchale Gesellschaftsverhältnisse sondern auch gegen Nationalismus, Krieg, Neofaschismus und Neoliberalismus aufweisen kann. Als einziger sozialer Bewegung ist es der Frauenbewegung gelungen, Kontakte und Zusammenarbeit über die Republiksgrenzen des ehemaligen Jugoslawiens aufrecht zu erhalten.¹⁶

dung Anfang Juli angekündigt. Sie wurde aber bisher noch nicht unterzeichnet. Vgl. DS-SPS: Pomirenje narednih dana (11.7.2008) auf www.b92.net

15 Pavle Radić: Koalicija levog centra ili jos jedan neprincipijelni kompromis. *Iskušenja iznudenih rešenja*, in: *Danas* 14.9.2008

16 Die Konferenz wurde am 8. Oktober in Belgrad abgehalten und vom Fraueninformations- und Dokumentationszentrum (ĀNDOK) organisiert.

Neben der Frauenbewegung ist es vor allem die Kunst- und Kulturszene, auf der sich positive gesellschaftskritische Ansätze zeigen. In Novi Sad agiert beispielsweise das Jugendkulturzentrum CK13 mit einem Ansatz, der Kultur, Politik und Bildungsarbeit verbindet. Neben Konzerten finden hier Workshops zu Themen wie Geschichtsrevisionismus statt. CK13 spielte im vergangenen November 2007 eine wichtige Rolle bei der erfolgreichen Verhinderung eines Nazi-Aufmarsches.¹⁷ In Belgrad arbeitet die „Jugendinitiative für Menschenrechte“ mit Partnergruppen u.a. im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina an Jugendaustauschprogrammen, die zum ersten Mal nach den Kriegen der Neunziger Jahre Jugendliche aus den verschiedenen Regionen zusammenführen.¹⁸ Mit dem „Magazin“ hat sich in Belgrad ein neuer Veranstaltungsort für kritische Kultur- und Kunstproduktion etabliert.¹⁹ Daneben bestehen bereits seit den Neunziger Jahren Institutionen wie das „Zentrum für kulturelle Dekontaminierung“ (CZKD), das in seiner Arbeit nicht zuletzt den Versuch unternimmt, der dominanten Verdrängung emanzipatorischer Bewegung der Vergangenheit entgegenzuarbeiten.²⁰

In den vergangenen Jahren kommt es auch zu einem begrenzten Aufwind für betriebliche Kämpfe gegen die Verlaufsform der Privatisierung oder für höhere Löhne. Internationale Aufmerksamkeit hat eine monatelange Betriebsbesetzung des Arzneimittelherstellers „Jugoremedia“ in Zrenjanin durch die Belegschaft erregt.²¹ Ob sich aus diesen Ansätzen eine integrierte Sozialbewegung entwickeln kann, hängt allerdings nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, unter nationalistischen Vorzeichen geführte gewalttätige Konflikte zu verhindern. Dafür gibt es allerdings keine Garantie. Denn nicht nur die Lage im Kosovo sondern auch in Bosnien-Herzegowina und Mazedonien birgt nach wie vor erhebliches Konfliktpotential.

Boris Kanzleiter arbeitet als Historiker und Publizist in Belgrad und Berlin.

17 Vgl. die Website <http://ck13.org/>

18 Vgl. die Website http://www.yihr.org/index.php?lang=_bhs

19 Vgl. die Website <http://www.tkh-generator.net/>

20 Vgl. die Website <http://www.czkd.org.yu/>

21 Vgl. <http://www.zmag.org/znet/viewArticle/18151>